VAdM–Kurier

75. Ausgabe: April/Mai 2026

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur

75. Ausgabe unseres „VAdM-Kuriers“ April/Mai 2026

Inhalt:

editorial	Seite	1
Aktualität	Seite	2
Sudetendeutsche: Die alten Geister sind zurück	Seite	2
EVZ: Stiftung ohne Daseinszweck	Seite	3
Kubickis Comeback: Statt Rettung der Liberalen die nächste Wählertäuschung	Seite	5
Die „Banater Sahara:“ Der Weinort Mramorak (Teil 6)	Seite	6
Rückblick: Börsen-Crash am 19. Oktober 1987	Seite	8
Presseschau:	Seite	9
Budapester Zeitung: Ungran feiert die deutsche Sprache	Seite	9
VLÖ: Abschied von Dr. Ondrej Pöss	Seite	9
Geschichte kontrovers	Seite	8
Die Weltwirtschaftskrise 1929 in Ostpreußen (Teil 6)	Seite	8
Buchvorstellung	Seite	13
Monika Maron: Imme noch freundlich, aber kaum noch geduldig	Seite	13
Erinnern	Seite	14
Der Deutsche Orden: Von Akkon via Burzen- ins heidnische Preußenland (Teil 5)	Seite	14
Literatur aus dem Osten/Impressum	Seite	17

editorial

Begleitet von schäbigen Verlautbarungen tschechischer Politiker im Vorfeld und Protesten tschechischer Nationalisten fand zu Pfingsten *erstmals* ein Sudetendeutscher Tag in Brünn in der Tschechischen Republik statt.

Die „Wirtschaftsweisen“ des Sachverständigenrates Wirtschaft haben vor ein paar Tagen ihr Frühjahrsgutachten 2026 veröffentlicht. Sie entdeckten eine Binsenweisheit: Hohe Sozialausgaben sind eine Bremse für einen Wirtschaftsaufschwung. Den Fokus legen sie auf Kranken- und Pflegeversicherung, an deren Reform die kleine Große Koalition sich schon seit Monaten abmüht. Einsparungspotential beim Bürgergeld, den Integrationskosten und den Kollateralkosten des Ukrainekonflikts werden dabei *nicht* angesprochen.

Nachdem die bunte Medienlandschaft bei der letzten Bundestagswahl eine Sahra Wagenknecht als neue Oppositionskraft aufgebaut hatte, wird nun Wolfgang Kubicki als Alternative zur Alternative für Deutschland hochgejubelt.

Martina Kempf *Herbert Karl*

Maienkätzchen, erster Gruß,
ich breche euch,
und stecke euch
an meinen alten Hut.

Maienkätzchen, erster Gruß,
einst brach ich euch,
und steckte euch
der Liebsten an den Hut.

Detlev von Liliencron (1844 – 1909), eigentlich Friedrich (Fritz) Adolf Axel Freiherr von Liliencron, deutscher Lyriker des Impressionismus und Naturalismus

Aktualität

Sudetendeutsche: Die alten Geister sind zurück
81 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird vor dem Sudetendeutschen Tag in Brünn neuer Hass geschürt

20.05.2026 um 16:00
*Gastkommentar von **Niklas Perzi***

Es sollte ein großes Fest der Versöhnung werden. Der 70. Sudetendeutsche Tag, das alljährliche Pfingsttreffen der Nachkommen der 1945/46 aus der damaligen Tschechoslowakei vertriebenen Deutschen, findet nach einer Einladung der tschechischen Bürgerinitiative „Meeting Brno" heuer zum ersten Mal in der Tschechischen Republik statt. 81 Jahre nach 1945 sollen in Brünn (Sudeten-)Deutsche und Tschechen zusammenkommen. (Österreich spielt dabei bestenfalls eine Nebenrolle, distanzierte man sich doch schon bald nach 1918 und 1945 von den ehemaligen Landsleuten in Böhmen und Mähren).

Wenig geliebte Minderheit
In der mährischen Metropole lassen sich wie in einem Brennglas die dramatischen Ereignisse beobachten, die das Ende des deutsch-jüdisch-tschechischen Zusammenlebens in unserem nördlichen Nachbarstaat markieren. 1899 forderte von hier aus die noch junge österreichische Sozialdemokratie die Umwandlung der Monarchie in einen Bund nationaler Teilstaaten. Als 1918 der neue Staat Tschechoslowakei errichtet wurde, sahen sich die Brünner Deutschen gemeinsam mit ihren drei Millionen Co-Nationalen auf die Rolle einer wenig geliebten Minderheit im Nationalstaat der „Tschechoslowaken" reduziert.

1938 presste Hitler den Tschechen die Abgabe des „Sudetenlandes" an das Deutsche Reich ab. Brünn blieb als im tschechischen Siedlungsgebiet liegende binationale Stadt zunächst außen vor. Doch noch bevor Deutschland im März 1939 auch den Rest des tschechischen Staatsteiles okkupierte, putschten sich die Brünner Nationalsozialisten an die Macht. In den Jahren des „Protektorats Böhmen und Mähren" hatten in der Stadt wie im Land die selbst ernannten deutschen „Herrenmenschen" das Kommando über sechs Millionen Tschechen. Die „Endlösung" der „Tschechen-Frage" sollte erst nach dem Krieg erfolgen. Stattdessen wurden sie in ihre eigene Unterdrückung eingebunden und mussten bis Kriegsende etwa in den Waffenfabriken für den „Endsieg" ihres Feindes arbeiten.

Bedürfnis nach Rache
Das Gefühl der täglichen Demütigung und Machtlosigkeit mündete 1945 in ein Bedürfnis nach Rache und Vergeltung. Der aus dem Exil zurückgekehrte Präsident Edvard Beneš rief vom Brünner Rathaus aus dazu auf, die deutsche Frage endgültig auszumerzen („vylikvidovat"), und wünschte dazu „herzlich Erfolg". Dies geschah dann Ende Mai auf besonders grausame Weise, indem die Brünner Deutschen aus der Stadt Richtung österreichische Grenze „hinausgeführt" wurden – ein Todesmarsch mit Hunderten Opfern, darunter Kinder, Anti-Nazis, deutschsprachige Juden. Alle relevanten politischen Kräfte des Landes, von den Kommunisten bis hin zu Sozialdemokraten und christlicher Volkspartei, stimmten der Aussiedelung zu.

In den Nachkriegsjahrzehnten schürte das KP-Regime unentwegt die Angst vor Rückkehr und Rache der Deutschen. Generationen wuchsen mit dem Bild der Sudetendeutschen als ewige Bedrohung und Feinde auf. So entstand ein Amalgam aus Erlebtem und Gehörtem, das sich in tiefe Schichten des nationalen (Unter-)Bewusstseins eingrub und über Jahre weitergegeben wurde. Als Erster musste dies nach dem Ende der KP-Herrschaft der neue Präsident Václav Havel erleben, der für seine Entschuldigung für die Vertreibung massive Proteste erntete.

Sudetendeutsche und Tschechen waren über Jahrhunderte engstens verbunden, doch im 20. Jahrhundert waren die (vorgeblichen) Siege der einen die Niederlagen der anderen. Ein Mangel an Wissen und Empathie bedingte das Ausblenden von Opfer und Leid der Gegenseite.

Mühsame Versöhnung
Nur mühsam konnte der ausgebrochene Konflikt in den 1990er-Jahren durch die „Deutsch-Tschechische Erklärung" 1997 eingefangen werden. Es bedurfte unzähliger Verständigungsinitiativen von unten, vor allem aber der Generation der nicht mehr direkt Betroffenen, um dieses Klima von gegenseitiger Aufrechnung von Verbrechen und materiellen Forderungen aufzubrechen. Wir waren nicht nur Opfer (des NS-Regimes), sondern auch Täter, so die Brünner Conclusio, die 2015 in der Entschuldigung des Stadtrates für die Ereignisse des Jahres 1945 gipfelte und im „Versöhnungsmarsch" mündete, der seitdem alljährlich am Jahrestag von 1945 symbolisch von Deutschen, Tschechen und einigen Österreichern in umgekehrter Richtung in die Stadt hinein gemacht wird.

Hatte die Sudetendeutsche Landsmannschaft jahrzehntelang die Verantwortung für die NS-Verbrechen externalisiert und allein den „Reichsdeutschen" angelastet, so leistete SL-Chef Bernd Posselt Abbitte und besuchte die Stätten deutscher Gräueltaten. Wirkten die Verbände mit der NS-Vergangenheit vieler ihrer Spitzenfunktionäre lange aus der Zeit gefallen, so stehen sie heute an der Spitze der Verständigung – ein Prozess, der nicht ohne Kritik am „Verrat" der „Verzichtspolitik" aus den eigenen Reihen vonstattenging.

Die Vorbereitungen zum Sudetendeutschen Tag, der schon lange keine Massenveranstaltung mit martialischen Aufmärschen und Reden mehr ist, liefen lange Zeit ohne große Beachtung der tschechischen Öffentlichkeit vor sich hin. Zunächst protestierte nur die nationale Querfront aus Altkommunis-ten, dem „Grenzschützerverband" und den Nationalen Sozialisten (die ehemalige Beneš-Partei) dagegen. Fahrt nahm der Protest erst auf, als sich die am rechten Rand angesiedelte Partei „Freiheit und direkte Demokratie" (SPD) des Tschecho-Japaners Tomio Okamura der Sache annahm. Dass diese Partner der AfD ist, die als einzige deutsche Partei die Aufhebung der Beneš-Dekrete fordert, schien dabei nicht weiter zu stören. Okamuras Partei ist Teil der Regierungskoalition des Premiers Andrej Babiš und erwirkte eine (rechtlich unverbindliche) Parla-mentsresolution, in der ein Teil der Abgeordneten auch seiner Partner das Sudeten-Treffen ablehnte.

„Heil" schreiende KI-Deutsche
In der letzten Aprilwoche fluteten KI-generierte Bilder von Massen an „Heil" schreienden Deutschen mit ihrem „Führer" Posselt die sozialen Medien und wurden millionenfach angeklickt. Kein Tag verging, an dem nicht längst begraben geglaubte Feindbilder ausgegraben wurden – fast so, als wolle man aufseiten der tschechischen Nationalisten die nicht geschlagenen Schlachten des Zweiten Weltkriegs nachholen. Von der angeblichen Außerkraftsetzung der „europäischen Nachkriegsordnung" bis zur „Bedrohung der territorialen Integrität" der Republik wurde nichts ausgespart. Die vielen Unterstützer des Treffens aus Literatur, Kunst und Politik wurden als „Verräter" und „Kollaborateure" gebrandmarkt. Dabei beginnt das Treffen mit einem Holocaustgedenken und endet mit einer Kranzniederlegung für Brünner Nazi-Gegner.

Mit einem Satz – die Geister der Vergangenheit sind lebendig geworden. Ein Narrativ zur gemeinsam verlebten, aber unterschiedlich erlebten Geschichte fehlt, ein Ansatzpunkt könnte hier die gemeinsame Erstellung eines binationalen Geschichtsbuches nach dem österreichisch-tschechischen Vorbild sein. Vor allem aber braucht es den weiteren Aufbau von Vertrauen. Was es nicht braucht, ist das verantwortungslose Schüren von neuem Hass.

Quelle: https://www.diepresse.com/24995473/sudetendeutsche-die-alten-geister-sind-zurueck

Angaben der Bundesregierung über das EVZ-Stiftungskapital (21/5699) vom 29. April 2026 auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (21/5292) vom 14. April 2026

Berlin: (hib/BAL) Das Kapital der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) hat zum 31. März 2026 642 Millionen Euro betragen. Diese Angabe macht die Bundesregierung in ihrer Antwort (21/5690) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion (21/5292). Die erwirtschafteten Zins- und Anlageerträge aus dem Stiftungskapital betrugen demnach im Jahr 2023 18,6 Millionen Euro, im Jahr 2024 18,1 Millionen Euro und im Jahr 2025 19,9 Millionen Euro.

STIFTUNG OHNE DASEINSZWECK

TE-exklusiv: Wie Entschädigungen für alte Zwangsarbeiter bei jungen NGOs landen

VON ALEXANDER HEIDEN

So, 22. März 2026

Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ war einmal sinnvoll. Doch Angela Merkels berüchtigte Busenfreundin Annette Schavan hat aus dem Entschädigungsfonds für NS-Opfer eine Kriegskasse für linke Projekte gemacht.
Es gibt keine überlebenden NS-Zwangsarbeiter mehr. Alle Menschen, die dieses Schicksal hatten, sind inzwischen tot. Aber immer noch gibt es eine milliardenschwere Stiftung für sie.

Für Menschen, die es nicht mehr gibt.

Im Jahr 2006 hat die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) die letzte Wiedergutmachungszahlung geleistet. Bis dahin hatte sie – seit ihrer Gründung im Jahr 2000 – rund 4,4 Milliarden Euro an mehr als 1,6 Millionen ehemalige Zwangsarbeiter in nahezu 100 Ländern ausbezahlt. Schon damals waren die Empfänger meist hochbetagt. Viele starben kurz nach Erhalt der Entschädigung.

Es war ein spätes, aber wichtiges Signal der Anerkennung ihrer Leiden.

Wie es anfing – und was daraus geworden ist

Bei ihrer Gründung hatte die EVZ einen klaren moralischen und politischen Auftrag: Deutschland wollte die überlebenden Zwangsarbeiter der NS-Zeit finanziell entschädigen. Zuvor gab es deshalb über Jahrzehnte Zögern, Streit und Gerichtsprozesse. Erst zum Ende des 20. Jahrhunderts kam Bewegung in die Sache – nicht zuletzt wegen Sammelklagen in den USA gegen deutsche Unternehmen.

Das Ergebnis war ein historischer Kompromiss. Der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft stellten gemeinsam insgesamt zehn Milliarden D-Mark bereit. Eine Stiftung sollte dieses Geld an ehemalige Zwangsarbeiter verteilen: Das war die EVZ.

Der damalige Vorstandsvorsitzende der Daimler-Benz AG, Edzard Reuter, der wichtigste Initiator auf Seiten der deutschen Wirtschaft, begründete das Projekt so: Es gehe darum, „den Opfern der nationalsozialistischen Zwangsarbeit ein Zeichen der Anerkennung ihres Leidens zu geben“ sowie um eine „materielle Geste der Verantwortung“.

Die Idee war historisch begründet und konkret. Die Umsetzung nicht.

Mit Abschluss der Zahlungen war der zentrale Zweck der Stiftung erfüllt. Doch wie so oft in Deutschland, haben temporäre Institutionen oft ein ewiges Leben.

Die Stiftung wurde nicht etwa geordnet abgewickelt, sondern fand einen neuen, völlig anderen Daseinszweck. Aus dem Entschädigungsfonds für frühere NS-Zwangsarbeiter wurde eine große Hilfskasse für diverse Projekte. Fast immer linke Projekte, versteht sich – mit Millionenbudgets, Förderprogrammen und einem weitverzweigten NGO-Netzwerk.

Das Kleingedruckte

Möglich macht das ein kleiner Absatz, den weitsichtige linke Aktivisten in die Rechtsgrundlage geschmuggelt hatten. Im „Gesetz zur Errichtung einer Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ heißt es zum Stiftungszweck (§ 2 EVZStiftG):
(1) Zweck der Stiftung ist es, über Partnerorganisationen Finanzmittel zur Gewährung von Leistungen an ehemalige Zwangsarbeiter und von anderem Unrecht aus der Zeit des Nationalsozialismus Betroffene bereitzustellen.
So weit, so gut. Doch nur einen Absatz weiter heißt es dann:

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

(1) Zweck der Stiftung ist es, über Partnerorganisationen Finanzmittel zur Gewährung von Leistungen an ehemalige Zwangsarbeiter und von anderem Unrecht aus der Zeit des Nationalsozialismus Betroffene bereitzustellen.
So weit, so gut. Doch nur einen Absatz weiter heißt es dann:

(2) Innerhalb der Stiftung wird ein Fonds „Erinnerung und Zukunft" gebildet. Seine dauerhafte Aufgabe besteht darin, vor allem mit den Erträgen aus den ihm zugewiesenen Stiftungsmitteln Projekte zu fördern, die der Völkerverständigung, den Interessen von Überlebenden des nationalsozialistischen Regimes, dem Jugendaustausch, der sozialen Gerechtigkeit, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft und der internationalen Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet dienen. Im Gedenken an und zu Ehren derjenigen Opfer nationalsozialistischen Unrechts, die nicht überlebt haben, soll er auch Projekte im Interesse ihrer Erben fördern.
Das ist eine Art Generalvollmacht zur Förderung von allem. Und davon wird ausgiebig Gebrauch gemacht.

Geldregen für linke Aktivisten

Heute, 20 Jahre nach dem Ende aller Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter, finanziert die EVZ alle möglichen Projekte aus Bereichen wie „Demokratiebildung", „Antidiskriminierung", „Zivilgesellschaft", „Migration" oder „digitale Erinnerungskultur".
Ein Blick in die Förderlisten zeigt, wie weit sich die Stiftung inzwischen von ihrem Gründungszweck entfernt hat.

Die EVZ unterstützt überraschenderweise etwa Programme wie
LGBTIQ-Rechte in Europa stärken,
Selbstorganisationen von Rom:nja in der Ukraine stärken.

In einem anderen Programm werden „junge Menschen aktiv und diversitätssensibel in die Gestaltung erinnerungskultureller Projekte einbezogen".
Auch als Reisebüro betätigt sich die EVZ. Ein Programm will „den internationalen Jugendaustausch zwischen Deutschland und den Ländern der Östlichen Partnerschaft" stärken.
Ebenfalls gefördert werden „internationale Jugendbildungsprojekte aus Deutschland, Polen, Tschechien, der Ukraine sowie belarussische Exilstrukturen".
Alles mit den Milliarden, die Edzard Reuter und unsere Politiker damals mit der „Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter" gerechtfertigt hatten. [. . .]
Warum fördert eine Stiftung, die einst gegründet wurde, um Opfer der NS-Zeit zu entschädigen, heute Projekte eines migrationspolitischen Lobbyverbands?

Keine Transparenz – und Russland ist schuld

Vielleicht deshalb stellt die Stiftung große Sichtblenden um ihr Finanzgebaren auf.

In riesiger Fettschrift feiert die EVZ die eigene „Transparenz" auf ihrer Internetseite. Sobald man einen genaueren Blick hinter diese Werbebotschaft wirft, wird es plötzlich arg luftig.

Zwar kann man den Finanzbericht abrufen, zuletzt den für 2024. Doch da steht gar Merkwürdiges. Er listet nur 14 Projekte mit jeweils angegebener Fördersumme auf – und auch das nur beispielhaft. Die Gesamtsumme der Förderungen dieser 14 angegebenen Projekte beläuft sich auf gerade einmal knapp drei Millionen Euro. Derselbe Geschäftsbericht jubelt vorher darüber, dass die EVZ im Kalenderjahr 2024 aus dem Stiftungsvermögen 146 Projekte mit 8,8 Millionen Euro gefördert habe. Und weiter: „Hinzu kommen von der Stiftung EVZ bewilligte Projekte aus Drittmitteln im Umfang von über 17 Millionen Euro."

Die EVZ hat im Jahr 2024 also mindestens 147 Projekte mit insgesamt mindestens 25,8 Millionen Euro gefördert. Doch nur über drei Millionen Euro legt sie in ihrem Finanzbericht Rechenschaft ab.

Gut, dann schauen wir woanders nach. Auf der Internetseite gibt es einen „Projektfinder", der uns wissen lässt: „Hier finden Sie alle von der Stiftung EVZ geförderten Projekte seit 2010." Wir freuen uns. Zu früh gefreut. Denn gleich unter diesem Satz findet sich der Hinweis:
„Der Projektfinder der Stiftung EVZ ist derzeit nicht verfügbar. Er wird Anfang 2026 wieder online gehen. Vielen Dank für Ihr Verständnis."

Wir haben Mitte März. Auch bei großzügigster Auslegung ist „Anfang 2026" lange vorbei.
Das kann ja nicht sein, denkt sich der Journalist. Und der Leser denkt es sich vermutlich auch. Der Laden ist zur Hälfte mit Geld des deutschen Steuerzahlers gegründet worden. Da muss die Öffentlichkeit doch wissen dürfen, wofür die vielen Millionen ausgegeben werden. Also schreiben wir die Stiftung direkt an und bitten nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) um eine vollständige Auflistung der 2024 geförderten Projekte nebst detailliert zugeordneten Fördersummen.

Und dann kommt der Hammer:

„Spätestens mit der Einstufung der Stiftung EVZ als ‚unerwünschte Organisation' durch die Russische Föderation im Jahr 2025 sowie dynamische politische Lagen in einigen unserer Zielländer ist leider für Teile unser Projektpartner gerade eine solche konkrete Gefahr zu bejahen. Die (…) Projektinformationen werden wir daher um die von der konkreten Gefahr betroffenen Projekte reduzieren."

Eine Multi-Millionen-Euro-Stiftung, die nur dank deutscher Steuergelder überhaupt existiert, verweigert also mindestens teilweise Rechenschaft darüber, wofür sie ihr Geld ausgibt.

Und schuld soll Putin sein. Das kann man sich echt nicht ausdenken [. . .].

Quelle: https://www.tichyseinblick.de/DAILI-ES-SENTIALS/TE-EXKLUSIV-WIE-ENTSCHAEDIGUNGEN-FUER-ALTE-ZWANGSARBEITER-BEI-JUNGEN-NGOS-LANDEN/

Kubickis Comeback: Statt Rettung der Liberalen nächste Wählertäuschung
von **David Berger**
1. Juni 2026
„Die Definition von Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten." (A. Einstein zugeschrieben)

Mit Wolfgang Kubicki an der Spitze hofft die FDP auf den Weg zurück in die politische Relevanz. Doch die knappe Kampfabstimmung gegen Marie-Agnes Strack-Zimmermann zeigt eine Partei, die ihre ursprünglichen Ideale längst weggeworfen hat. Während die Liberalen in den Umfragen weiter unter der Fünf-Prozent-Hürde verharren, stellt sich eine entscheidende Frage: Kann die FDP tatsächlich zu ihren liberalen Wurzeln zurückfinden – oder droht den Wählern am Ende nur die Wiederholung eines altbekannten politischen Zyklus aus großen Versprechen und enttäuschten Erwartungen? Bislang stand der Name Kubickis nämlich tatsächlich für eine tiefe Kluft zwischen Reden und tatsächlichem Abstimmungsverhalten.

Die Wahl von Wolfgang Kubicki zum neuen FDP-Vorsitzenden hat eines deutlich gemacht: Die Liberalen befinden sich in einer tiefen Identitätskrise. Zwar setzte sich Kubicki mit rund 60 Prozent der Delegiertenstimmen gegen Marie-Agnes Strack-Zimmermann durch, doch fast 40 Prozent votierten für seine Gegenkandidatin. Dieses Ergebnis offenbart eine Partei, die über ihren künftigen Kurs gespalten ist. Und in der größere Teile der Partei eine Frau als Vorsitzende wollten, die alles ist, aber nicht liberal.

Mathias Priebe hat dies gut zum Ausdruck gebracht: „Marie Agnes Strack-Zimmermann hat gestern einen vergifteten Keil der Verunsicherung tief in die inneren Organe der angeschlagenen FDP getrieben. Die Partei wird daran verbluten. Verfolgt von ihren Dämonen, getrieben vom Größenwahn hat sie etwas offenbart: Liberal ist das neue beliebig. Es steht für alles und nichts. Ihr Versuch die FDP wenigstens als Partei der Kriegstreiber und russophoben Eiferer zu positionieren, schlug zwar fehl, aber jeder weiß nun, dass es dort zu viele davon gibt. Strack-Zimmermann ist ebenso kein Unfall wie die zutiefst antiliberale, von einer Parteikollegin gegründete Denunziantenfirma SoDone. Vielleicht ist das die FDP: Die Partei derer, die in allem ein Geschäftsmodell erkennen."

Die Westerwelle-Zeit ist lange vorbei
Lange Zeit war die FDP für viele Wähler die Partei der wirtschaftlichen Vernunft, der Bürgerrechte und der Eigenverantwortung. Unter Guido Westerwelle erreichte sie 2009 mit 14,6 Prozent ihr bislang bestes Bundestagswahlergebnis. Was viele Jüngere heute nicht mehr wissen, es war Westerwelle, der Merkel daran hinderte, Deutschland in den Libyenkrieg hineinzuziehen. Christian Lindner machte in Zusammenarbeit mit Leuten wie Buschmann, Wissing, Kuhle oder Vogel aus der FDP eine Art pseudoliberal-grüne Partei. Von den Zeiten unter Westerwelle ist heute wenig übrig geblieben. Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag ringt die Partei verzweifelt um eine politische Rolle, die ihr irgendwie wieder an die Macht verhilft. Viele ihrer ehemaligen wertvollen Grundanliegen vertritt inzwischen wesentlich glaubwürdiger die AfD.

Die Debatte zwischen Kubicki und Strack-Zimmermann steht dabei stellvertretend für zwei unterschiedliche Vorstellungen der FDP. Während Kubicki stärker auf klassische liberale Themen wie Bürokratieabbau, Steuerentlastungen und eine kritischere Haltung gegenüber staatlichen Eingriffen setzen möchte, verkörpert Strack-Zimmermann einen innenpolitisch totalitären, außenpolitisch aggressiv-kriegstreiberischen Kurs, der nur noch deshalb wirtschaftsliberal sein könnte, weil er die Kriegswirtschaft enorm stärken würde. Dass die Auseinandersetzung bereits unmittelbar nach der Wahl in öffentliche Wortgefechte mündete, verstärkt jedoch den Eindruck einer Partei, die mehr mit sich selbst als mit den Problemen des Landes beschäftigt ist.

Hinzu kommt die ernüchternde Realität der Umfragen. Aktuelle Sonntagsfragen sehen die FDP bundesweit seit vielen Monaten zwischen drei und vier Prozent und damit weiterhin unter der Fünf-Prozent-Hürde. In mehreren Erhebungen liegt sie bei lediglich 3,7 bis 3,8 Prozent. Auch einzelne Institute wie Ipsos messen aktuell nur vier Prozent für die Liberalen. Von einer Rückkehr zur früheren Stärke kann daher keine Rede sein.

Kubicki als Garant für gebrochene Wahlversprechen
Dennoch wäre es voreilig, die FDP bereits abzuschreiben. In der deutschen Parteienlandschaft gibt es nach wie vor Raum für eine weitere liberale Kraft, die konsequent für wirtschaftliche Freiheit, einen schlanken Staat und individuelle Verantwortung eintritt. Allerdings wird die Partei nur dann eine Zukunft haben, wenn sie wieder ein klar erkennbares Profil entwickelt. Der Versuch, gleichzeitig wirtschaftsliberale Stammwähler, gesellschaftsliberale Großstädter und enttäuschte Unionswähler anzusprechen, hat in den vergangenen Jahren nicht funktioniert.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob Wolfgang Kubicki oder Marie-Agnes Strack-Zimmermann die bessere Führungsperson ist. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, den Bürgern glaubhaft zu erklären, wofür die FDP überhaupt noch steht. Und vor allem, wie ernst kann man das, was sie sagt – besonders die Sonntagsreden von Kubicki – überhaupt nehmen? Kubicki gilt schon lange als der Umfaller schlechthin einer Partei, die seit Jahren im pragmatischen Umfallen zugunsten ihrer Macht ihren Inhaltsschwerpunkt zu haben scheint.

Im Herbst 2023 attackierte FDP-Vize Kubicki über Wochen die Grünen und besonders Wirtschaftsminister Habeck („Ahnungslosigkeit") im Hinblick auf das zu verabschiedende Heizungsgesetz. Um dann für dieses Gesetz zu stimmen. Auf PP war damals zu lesen: „Wolfgang Kubicki ist das klassische Beispiel dafür, warum man auf die FDP und andere Schwätzer nicht hereinfallen darf. Monatelang hat er gegen Habecks Heizungs-Verbot mobilisiert, erst vor zwei Wochen hat er Habeck Ahnungslosigkeit vorgeworfen. Und jetzt hat er im Bundestag dennoch nicht dagegen gestimmt. Schwätzer wie Kubicki dienen nur dazu, Menschen davon abzuhalten AfD zu wählen und ihre Stimme bei den Altparteien zu halten. Fallt darauf nie wieder herein!". Im vergangenen Bundestagswahlkampf log Kubicki dann in Sachen Impfpflicht auch noch, dass sich die Balken bogen (PP berichtete).

Das einzige Versprechen, das Kubicki vermutlich auch halten wird, ist das antidemokratische und antiliberale Brandmauerversprechen: „Es wird weder eine Zusammenarbeit noch Gespräche unsererseits mit der AfD geben." Kubicki steht nicht für Neuanfang, sondern für eine Scheinalternative gegen die Alternative, könnte so zum Garanten für ein ‚Weiter so' werden.

„Und alles beginnt von vorne."
Sollte die geplante Rückkehr der FDP unter Kubicki Wirklichkeit werden, scheinen die Konsequenzen fatal. Ich habe ähnliche Befürchtungen wie der bekannte Anwalt Ralf Höcker, der eine Prognose für die nächste Bundestagswahl wagte:

„Kubicki macht den Merz und verspricht was die Leute hören wollen: Die Migrationswende! Damit holt er all die Stimmen enttäuschter CDU-Wähler, die Merz nicht mehr glauben. Die FDP kommt in die Regierung und dann passiert – wieder nichts. Dann baut die Union jemanden auf, der in ein paar Jahren ebenfalls den Merz macht: er verspricht, dass er aus dem Debakel von Schwarz-Rot gelernt hat und diesmal aber wirklich die Migrationswende schafft. Da Wähler ein kurzes Gedächtnis haben, glauben sie ihm und alle rennen von der FDP wieder zur Union. Und alles beginnt von vorne."

Quelle: https://philosophia-perennis.com/2026/06/01/kubickis-comeback-rettung-der-liberalen-oder-naechste-waehlertaeuschung/

Die „Banater Sahara:“ Der Weinort Mramorak
Teil 6

Im Mramoraker Bildband (Beitrag: *Die Mramoraker Weingärten im Sand,* S. 318) schreibt Peter Schatz:

> *„Die Mramoraker unterscheiden zwischen den Grund- und den Sandweingärten. Die Grundweingärten befinden sich westlich des ehemaligen deutschen Friedhofs am Hang der Stana Dolina. Sie waren ertragreicher als die im Sand. Dafür war die »Sandbrüh« süffiger, alkoholreicher und deshalb für Nichtkenner gefährlicher.“*

Die Sandweingärten waren 1905/1906 ein Wahlgeschenk des Abgeordneten Szivag (oder Szivak); sie

> *„befinden sich im Deliblater Sand nordnordöstlich vom Dorf. Vom Ortsende bis zum ersten Hüter-(Bokter) haus sind es fast 4 Kilometer. Die Ausdehnung des fast rechteckförmigen Geländes beträgt in Ost-West-Richtung etwa 900 Meter. Die Nord-Südlänge mißt fast 2,5 Kilometer. Das ist eine Fläche von mehr als 2 Millionen Quadratmetern oder 2 Quadratkilometern. [. . .] oder etwa 375 Katastraljoch, bzw. 750 Weingartenparzellen zu je einem halben Joch (ein Joch = 5757 m2). Zieht man von der Gesamtfläche die Wege ab, dürfte es sich um 700 Parzellen handeln.“*

In der Anfangsphase der Anpflanzung gehörten den Schwaben 60% und den Rumänen und Serben je 20% der Weichbaufläche; durch Verkauf verschoben sich diese Besitzverhältnisse bis zur Vertreibung der Deutschen 1944; diese verfügten zuletzt über drei Viertel der Weinbaufläche.

Peter Schatz (S. 318) beschreibt auch die Gegend um die Weinbauflächen: Diese lagen 150 bis 170 Meter über dem Meeresspiegel; Mramorak soll auf 112 Meter Höhe liegen. Die Weingärten gehörten aber *nicht* zur Gemarkung des Dorfes, sondern lagen in dem sogenannten Staatsärar:

> *„Sie unterstanden bis 1944 der Verwaltung durch die Berggemeinde (Vinogradska Opština). Dem Bergrichter standen Geschworene, ein Sekretär, ein Kassierer und zwei hauptamtliche Hüter (Bokter) zur Seite.“*

Die beiden Bokter wohnten mit ihren Familien am Anfang und am Ende der Weingärten; sie hatten neben der Aufsicht eine wichtige Aufgabe: Mit Rebbündeln, die von den Besitzern zu liefern waren, mußten sie die sandigen Wege halbwegs befahrbar halten. In den Weingärten gab es etwa 70 Häuser; hier übernachteten oft die Kinder im Frühjahr mit den brütenden Hühnerglucken.

Da die Anpflanzung der Weinreben recht unsystematisch erfolgte gab es hier später die verschiedensten Weinrebsorten. Bei den Tafeltrauben waren dies:

> *„Ochsenaugen, weiß und blau, weiße Goaßzutzel (Geißzitzen), Afus-Ali, »Kreatzer (etwa Grazer?), Muskateller, weiß und rot, sowie Gutedel. An Weintrauben wären zu nennen: Riesling, Steinschiller, weiß und rot, Feuerschiller, Gutedel, Kadarka, »Szaszarosch«, Traminer, Sekretari, Hoteller (Othello) und die ganz frühen Portugiesertrauben“ (Schatz, S. 318).*

Emmi Hinkofer-Walter berichtet im *Mramoraker Bildband* (S. 316f.) über die im „Sand“ anstehende Arbeiten:

> *„Geschützt durch die lebenden Wälle der Wälder lagen die **Weingärten**, die erst 1905 gepflanzt wurden. Jede Familie erhielt damals vom Staat das Recht, ein halbes Joch zu bearbeiten. In späteren Jahren hatte ein Bauer 1 bis 3 Joch, ein anderer nur ein halbes, aber viele hatten eine Hütte oder ein kleines Häuschen draußen stehen: eine Stube, eine Kammer für Geräte und einen Pferdestall. Brunnen gab es nicht, dafür sammelte man Regenwasser in eigens dafür gebauten Zisternen.*
> *Im März begann die Arbeit im Weingarten, mit dem Rebenaufdecken – sie waren im Winter mit angehäuftem Sand zugedeckt – und Rebenschneiden. Dann wirkte die Natur auf Wachstum und Entfaltung der neuen Triebe, die Ende Mai zum erstenmal, Anfang Juni zum zweiten und Ende Juni zum drittenmal mit Blaustein-Kalklösung gespritzt wurden. Dazwischen mußte man die jungen, ausschweifenden Reben »stutzen«, um an den Haupttrieben reiche und kräftige Frucht zu erzielen.“*

(Bilder: Bildband Mramorak)

Fortsetzung auf S. 7

Fortsetzung von S. 6

Unklar ist, ob „der“ Staat bewußt diesen Sand mit dem Ziel, die Wüste zu festigen, freigegeben hat. Auf jeden Fall wäre dies eine Ergänzung zu den von Wessels und anderen gemachten Vorschlägen zur Befestigung der Sandpartien. Die tief eindringenden Wurzeln der Reben waren sicherlich geeignet den Flugsand zu festigen. Allerdings erforderten die Pflege und der Erhalt der Weinkultur eine Menge Arbeit. Hinkofer-Walter weiter:

> *„Alle anderen Voraussetzungen dazu schaffte **das ideale Klima**, die günstige Wetterlage: genügend Regen und reichlich Sonnenschein. Die Sonnenstrahlen legten sich brütend auf die durch die Wälder gebildeten Kessel mit den Weingärten und erhitzten den Sand, der die Wärme an Luft und Pflanzen weitergab [. . .]*
> *Schattige Stellen boten die Obstbäume, vereinzelt stehend. Wir hatten mehrere Pfirsichbäume, dazu Weichsel-, Kirsch, und Nußbäume. In diesem Biotop gediehen auch Melonen, Rhabarber, Zwiebel – bei uns gepflanzt – sehr gut.“*

Insbesondere für die Kinder waren die Sandhügel – Berge gab es in der Nähe keine – ein beliebter Spiel- und Abenteuerplatz. Hinkofer-Walter erwähnt einen Akazienwald, den man auf dem Weg zum Kessel der Weingärten durchqueren mußte. Offensichtlich waren die vor etwa 100 Jahren begonnenen Aufforstungen ein Erfolg. Das was die Autorin als Kessel oder Biotop bezeichnet, war offensichtlich eine Senke, die vom Flugsand nicht allzu sehr bestrichen wurde.

Peter Henke zieht eine Art Bilanz der Deliblat (S. 331):

> *„Die Deliblater Sandwüste – für uns »Mamraker« einfach der »Sand« – war und ist eine Gabe der Natur. Sie hat eine reiche Pflanzenwelt, die ihre Blütenpracht von der Schneeschmelze bis weit in den Sommer entfaltet. Neben verschiedenen Bäumen und Sträuchern wachsen Blumen und Gräser in großer Vielfalt. Die Pracht beginnt mit dem Erblühen der Krokusse, die auf großen Flächen wachsen. Ihnen folgen die gelb- und rotblühenden »Sandblumen«, die Zwerglilien – auch Tintenblumen genannt – und der Sauerampfer. Es folgen die wilde Weichsel (Sauerkirsche), die Kastanie, die Kirsche, die Akazie und viele Sträucherarten. Zur berühmten Akazienblüte kamen Imker aus der näheren und weiteren Umgebung, sogar aus der Batschka.“*

Diese begeisternde Beschreibung des „Sandes“ zeigt, daß die Deliblater das Charakteristikum „die Wüste blüht“ aller Wüsten aufweist und andererseits, daß man mit viel Einsatz und Nachhaltigkeit die Wüstenränder wirtschaftlich nutzen kann.

Aus dieser dörflichen Idylle wurden die deutschen Mramoraker mit dem Vorrücken der sowjetischen Armeekeile Richtung Ungarn und dem Vormarsch der Partisanen aus dem Süden Serbiens im Spätsommer 1944 vertrieben; darüber soll in einem anderem Zusammenhang berichtet werden.

Literatur

Mramoraker Bildband: Bilder und Berichte aus dem Leben einer donauschwäbischen Dorfgemeinschaft im Banat, Hrsg.: Heimatortsauschuss Mramorak, Verf. und Mitarb. Peter Henke u. a., Waiblingen-Hohenacker 1985;
Josef Wessely: Der Europäische Flugsand und seine Kultur. Besprochen im Hinblicke auf Ungarn und die Banater Wüste insbesondere, Wien 1873 (https://books.google.de/books?id=U55gdMBpGLoC).

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

RÜCKBLICK

Börsen-Crash am 19. Oktober 1987: „Ich glaube, ich habe heute richtig viel Geld verloren“

19. Oktober 2012, 16:56 Uhr

Es war der größte Börsen-Crash der Nachkriegszeit: Als Schwarzer Montag ging der 19. Oktober 1987 in die Geschichte ein. An einem einzigen Tag verlor der Dow-Jones-Index fast ein Viertel seines Werts. Das Beängstigende daran aus heutiger Sicht: Er könnte sich jederzeit genau so wiederholen.

Der Mensch, als vernunftbegabtes Wesen, wird vor allem dann unruhig, wenn etwas geschieht, das er sich nicht rational erklären kann. Etwa wenn der Autoschlüssel vermeintlich verschollen ist und dann plötzlich zwischen zwei Tiefkühlpizzen wieder auftaucht. Wenn die deutsche Nationalmannschaft einen 4:0-Vorsprung gegen Schweden verspielt. Oder wenn die Aktienmärkte ohne Vorwarnung verrückt spielen.

So geschah es vor genau 25 Jahren: Am 19. Oktober 1987 brach der Dow Jones in New York um fast 23 Prozent auf 1728 Punkte ein - der größte prozentuale Tagesverlust in der Geschichte des amerikanischen Aktienindex. Der Börsen-Crash ging als „Schwarzer Montag“ in die Geschichte ein - an der Wall Street brach an jenem Tag Panik aus.

Mike Earlywine, heute ein erfolgreicher Hedgefonds-Manager war damals im Finanzdistrikt unterwegs. „Die Menschen sind buchstäblich zusammengebrochen“, erinnert er sich. „Du stehst da auf dem Bürgersteig und Leute stolpern aus den Ausgängen der Gebäude. ‚Es ist weg, es ist alles weg‘, sagten einige Männer während sie weinend auf der Schulter anderer Männer lehnten“, erzählt Earlywine.

Die Auswirkungen der Panik an der Wall Street waren nicht nur in den USA zu spüren: In Tokio gab es in der Folge des Dow-Jones-Absturzes den bis dato schwersten Kurssturz in der Geschichte der japanischen Börse, in Sydney büßten Aktien binnen 45 Minuten 20 Prozent ihres Wertes ein, in Hongkong wurde die Börse für den Rest der Woche geschlossen.

„Wir kamen gar nicht mehr hinterher“

Auch im Handelssaal der Frankfurter Börse herrschte Chaos: „Das war schon heftig. Ich habe nur gedacht, ich muss ein Vorbild sein für meine Händler und darf nicht in Panik ausbrechen“, sagt Fidel Helmer, der schon seit mehr als 40 Jahren an der Börse arbeitet. „Die Verkaufsaufträge gingen waschkörbeweise ein. Die Orderzettel wurden per Hand ausgefüllt und wir kamen gar nicht mehr hinterher“, erinnert er sich. „Viele Makler waren total überfordert, manche Kollegen übernachteten sogar in der Börse, die Pizzadienste hatten Hochkonjunktur“, erzählt Helmer. „Wir haben auch nicht realisiert, wieviel Kapital da vernichtet wurde“, fügt er hinzu.

Zuvor hatten die Aktienkurse in jenen Jahren fast nur eine Richtung gekannt: nach oben. Quasi über Nacht wurde Spekulanten und Millionen Kleinanlegern nun teils schmerzhaft bewusst, dass das Geschäft mit den Wertpapieren keine Einbahnstraße ist. Ein Börsianer, der damals ein großes Aktienportfolio verwaltete, erinnert sich: „Ich ging zu meiner Freundin und sagte ihr: ‚Ich glaube, ich habe heute richtig viel Geld verloren‘, Danach habe ich eine Flasche Whisky aufgemacht.“

Die Anleger fürchten angesichts des Kursverlaufs an den Börsen um ihr Geld - doch zu einem Crash kommt es nicht. Ein historischer Überblick über die Tage, an denen es an den Märkten richtig krachte, von der Tulpenmanie bis zum Flash Crash.

Rätselraten - bis heute

Das Kuriose: Anders als nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gab es keinen konkreten Auslöser für den Crash. Nicht nur der damalige US-Präsident Ronald Reagan rätselte über die Ursachen. Reagan beteuerte, der Wirtschaft des Landes gehe es gut. Bis heute ist nicht ganz klar, wie innerhalb nur eines Tages fast ein Viertel des amerikanischen Börsenkapitals verpuffen konnte.

Folker Hellmeyer, Chefvolkswirt der Bremer Landesbank meint: „Der Crash war vollkommen übertrieben. Was da abgegangen war, hatte mit der Wirtschaftslage nichts zu tun. Sachlich war das einfach nicht gerechtfertigt. Es handelte sich nur um eine Überhitzung.“

In Verdacht gerieten unter anderem die zu jener Zeit schon genutzten Handelscomputer. Der damalige Chef der New Yorker Börsenaufsicht SEC, David S. Ruder, sagte später, steigende Zinsen und ein hohes Handelsdefizit hätten zu den Massen-Verkäufen beigetragen. Der damals beliebte Programmhandel - eine Art Vorläufer des heutigen Algo-Tradings - habe aber alles noch verschlimmert. Ein Frankfurter Aktienhändler, der seinerzeit auf dem Parkett arbeitete, sieht das genauso: „Schon damals haben einige gesagt: Mensch, jetzt schalte doch mal die Computer aus!“

Inzwischen ist der Hochfrequenzhandel an den Börsen etabliert. Computerprogramme schieben mittels komplexer Algorithmen binnen Sekunden Milliarden hin und her. Zweifel an den Kontrollmechanismen tauchen immer wieder auf, vor allem wenn Softwarefehler die Werte verfälschen. So passierte es Anfang Oktober, als der Aktienkurs des Lebensmittelkonzerns Kraft in nur einer Minute explodierte.

Der Händler E. E. „Buzzy“ Geduld, der mit seinen 69 Jahren schon viel an den Börsen erlebt hat, findet eine einfache Erklärung für einen Absturz wie den von 1987. „Crashes passieren dann, wenn die Investoren überzeugt sind, dass sie die Kontrolle verloren haben“, glaubt er.

Die Erinnerungen an den „Schwarzen Montag“ sind an den Börsen recht schnell wieder verblasst. „Nach 14 Tagen war alles vergessen“, behauptet der Frankfurter Händler Helmer. Es dauerte jedoch immerhin zwei Jahre, bis sich der Dow Jones von seinem Absturz erholte. Heute, genau ein Vierteljahrhundert später, steht der Index bei etwa 13.500 Punkten.

Was hat sich seither geändert? Nicht viel, findet der erfahrene Investor Geduld. „1987 versuchte alle, zur gleichen Zeit den Ausgang zu nehmen, aber die Tür war nicht groß genug“, sagt Geduld. „2012 sind die Handelsvolumen gigantisch - die Größe der Ausgangstür ist aber unverändert.“

Linktipp: Auch die amerikanischen Medien wurden von dem Crash überrascht. Sehen Sie hier, wie CNN damals von den Entwicklungen auf dem Parkett berichtete. Außerdem: Hier ausführlichere Berichte und Reaktionen auf den Crash.
Quelle: https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/boersen-crash-am-19-oktober-1987-ich-glaube-ich-habe-heute-richtig-viel-geld-verloren-1.1500413

Aus der Budapester Zeitung vom 21.04.2026, S. 7

5xWunderbar:

Ungarn feiert die deutsche Sprache. - Das Wunderbar-Festival 2026 bringt Kultur, Karrierechancen und Kreativität zusammen.

Auch 2026 soll das beliebte Wunderbar-Festival wieder zahlreiche Menschen in Ungarn für die deutsche Sprache und Kultur begeistern. Vom 20. bis 25. April steht im ganzen Land alles im Zeichen des Deutschen und lädt dazu ein, die Sprache neu zu entdecken und aktiv zu erleben.

Die landesweite Veranstaltungsreihe, die aus der Initiative „Deutsch.Karriere.Erfolg" hervorgegangen ist, hat sich in den vergangenen Jahren zu einem bedeutenden kulturellen Ereignis entwickelt. Zu den zentralen Organisatoren zählen das Goethe-Institut sowie die Botschaften Deutschlands, Österreichs und der Schweiz.

Unter dem diesjährigen Motto „5xWunderbar" setzt das Festival auf bewährte Konzepte und neue Impulse. Besucher erwartet ein abwechslungsreiches Programm mit interaktiven Sprachworkshops, Filmabenden, Konzerten und Diskussionsrunden. Auch Unternehmen beteiligen sich mit Karriereveranstaltungen und geben Einblicke in deutschsprachige Arbeitswelten.

Die Veranstaltungen finden in mehreren Städten statt, darunter Budapest, Pécs, Szeged und Debrecen, und machen das Festival zu einem echten landesweiten Erlebnis. Besonders hervorzuheben ist die offene Struktur: Neben Schulen, Universitäten und Institutionen können auch Privatpersonen eigene Ideen einbringen – von kreativen Projekten bis hin zu Flashmobs.

Das Ziel bleibt klar: **Die deutsche Sprache soll als Schlüssel zu neuen kulturellen Erfahrungen und beruflichen Perspektiven erlebbar gemacht werden**. Damit spricht das Festival sowohl Deutschlernende als auch Neugierige an, die sich erstmals mit der Sprache und Kultur auseinandersetzen möchten.

Pressedienst des Verbandes der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ)
PA2026-10; 27. April 2026

Nachruf auf Dr. Ondrej Pöss: Der VLÖ trauert um eine Schlüsselfigur der karpatendeutschen Gemeinschaft

Wien – Mit tiefer Trauer und großer Dankbarkeit nimmt der Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften in Österreich (VLÖ) Abschied von Dr. Ondrej Pöss. Der langjährige Vorsitzende des Karpatendeutschen Vereins (KDV) in der Slowakei und Gründungsdirektor des Museums der Kultur der Karpatendeutschen ist am 20. April 2026 nach schwerer Krankheit im Alter von 75 Jahren verstorben.

„Wir verlieren mit **Dr. Ondrej Pöss** nicht nur einen hochgeschätzten Experten und Wissenschaftler, sondern vor allem einen treuen Freund und einen unermüdlichen Brückenbauer in Europa", würdigen VLÖ-Präsident **Ing. Norbert Kapeller** und die Obfrau der Karpatendeutschen Landsmannschaft in Österreich, **Christine Lehr**, gemeinsam mit den VLÖ-Vorstandsmitgliedern den Verstorbenen. Sein Wirken war über Jahrzehnte hinweg die tragende Säule für den Erhalt der karpatendeutschen Identität und Kultur in der Slowakei.

Ein Leben für das kulturelle Erbe
Dr. Pöss verstand es wie kaum ein anderer, die Geschichte der deutschen Minderheit in der Slowakei für eine breite Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Sein Name bleibt untrennbar mit dem Aufbau des Museums der Kultur der Karpatendeutschen in Preßburg (Bratislava) verbunden. Durch seine wissenschaftliche Arbeit und seine Gabe zur Vermittlung schuf er Orte der Begegnung und des Gedenkens, die weit über nationale Grenzen hinaus ausstrahlen.

Enger Weggefährte des VLÖ
Die Verbundenheit zum VLÖ war geprägt von tiefem Vertrauen und gemeinsamer Tatkraft. Ein besonderes Zeugnis dieser Zusammenarbeit war das 17. VLÖ-Volksgruppensymposium 2017 in Pressburg, das Dr. Pöss unter dem Leitmotiv „Versöhnung braucht Wahrheit" gemeinsam mit **Erika König** maßgeblich mitgestaltete. Für sein „nimmermüdes Engagement im Sinne der Belange der karpatendeutschen Volksgruppe" wurde ihm in diesem feierlichen Rahmen die **„Silberne Ehrennadel des VLÖ"** verliehen – eine Auszeichnung, die seinen unermüdlichen Einsatz für die Gemeinschaft würdigte.

Stimme der Versöhnung
Dr. Pöss war ein Mann des Dialogs. Ob bei der Ausarbeitung der „Pressburger Resolution" oder im Rahmen von Gedenkfeiern wie am Mahnmal am Braunsberg – stets suchte er den Weg der Verständigung und des geschichtlichen Ausgleichs. Sein Bestreben, die deutsche Minderheit als aktive und gestaltende Kraft in der Gesellschaft zu positionieren, bleibt ein bleibendes Vorbild für die Volksgruppenarbeit.

„Ondrej Pöss hinterlässt eine schmerzliche Lücke in unseren Reihen. Seine menschliche Wärme, sein Humor und seine kluge Besonnenheit werden uns fehlen", so Kapeller und Lehr abschließend. „Sein Lebenswerk ist jedoch fest in unseren Herzen und in den Institutionen, die er geschaffen hat, verankert."

Der VLÖ spricht der Trauerfamilie sein tief empfundenes Beileid aus.

Geschichte kontrovers

Die Weltwirtschaftskrise 1929 in Ostpreußen: Holzverarbeitende Industrie
Teil 6

Noch im 14. Jahrhundert war Ostpreußen offensichtlich waldreicher als in den folgenden Jahrhunderten: Während der Ordensherrschaft wird beispielsweise Mühlhausen 1347 als Sitz des Ordens-Waldmeisters der Komturei Elbing erwähnt; dieser war für Holzeinschlag, die Holzverarbeitung und die Wildgehege zuständig (https://ostpreussen.net/2021/03/21/die-waldmeister-des-ordens-in-muhlhausen-und-schloss-locken/). Offensichtlich hatte jede Kompturei ihren eigenen verantwortlichen Waldmeister.

Auch wenn Ostpreußen im 20. Jahrhundert im Reichsvergleich als *waldarm* galt, stellte die Holzverarbeitung „eine der bedeutendsten bodenständigen Industrien" der Provinz dar. Es gab hier 6.100 Unternehmen mit 18 400 Beschäftigten, was 3% des ganzen Reiches bedeutete. Besonders entwickelt war die Sägeindustrie, die ihre Hölzer aus dem Hinterland bezog: „Von der Reichssumme der in den Säge- und Furnierwerken Beschäftigten entfallen 6,8 v. H. auf die Provinz" (Richter, S. 231).

Dagegen hatte die weiterverarbeitende Holzindustrie zwar mehr Beschäftigte als die Sägewerke, spielte aber im Reichsvergleich keine besondere Rolle, lediglich die Stellmacherei und der Holzwagenbau für die Landwirtschaft war bedeutender. Während bei den Sägewerken, zumeist im waldreicheren Süden und an den Flußläufen gelegen, die größeren und mittleren Betriebe überwogen, waren in den Zweigen der Holz- und des Schnitzelgewerbes Kleinbetriebe mit bis zu 10 Beschäftigten bestimmend.

Die nach dem Krieg verlorengegangenen Bezugs-und Absatzgebiete der holzverarbeitenden Industrie stellten diese vor erhebliche Probleme: In einer Denkschrift vom 25. Oktober 1921 an mehrere Reichsminister verlangte der Verein ostpreußischer Holzhändler unter anderem:

> *„Zwecks Aufrechterhaltung der nordostpreußischen Holzindustrie wird die Wiedereröffnung des Zugangs zum früheren Russenholz verlangt, ein Verzicht auf die Erhöhung des Goldzuschlages für Rundholz, eine Wiederausfuhrfreiheit ohne Kontingentierung und ein Verzicht auf die Reichsabgabe auf Holzausfuhr beantragt. Dabei wird auf die vergleichsweise Vorzugsstellung im Holzgeschäft Danzigs infolge der Zollunion Danzig/Polen verwiesen, ferner auf die zu erwartende Vorzugsstellung Memels durch die zu erwartende Zollunion mit Litauen verwiesen sowie auf den Zwang für die ostpreußische Holzindustrie, neue Ausfuhrmärkte in Konkurrenz zu den erstarkenden Handelspositionen Memels und Danzigs zu erschließen, hingewiesen" (Richter, S. 238).*

Zudem machte Artikel 365 des Versailler Vertrages die bisherigen Ausnahmetarife für Ostpreußen unmöglich, damit verteuerte sich der Holzabsatz im Reich.

(Bild rechts: Memelflösser/https://www.edelholzverkauf.de/Geschichte-des-ostpreussischen-Holzhandels)

Fortsetzung auf S. 11

Fortsetzung von S. 10

Mittels der Deutschen Ostmesse versuchte man die Geschäftskontakte der Holzunternehmen zu unterstützen: Auf der *Europäischen Holzmesse in Königsberg* (18. bis 22. März 1923), waren beispielsweise nicht nur 20 Organisationen und Firmen aus dem Reich und Ostpreußen vertreten, sondern „auch Ein- und Verkaufsmonopole aus Moskau, ferner Interessenten aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, Schweden, Großbritannien, Danzig und Memel“ beteiligten sich daran (Richter, S. 238).

(Postkarte: Dampfsägewerk in Maldeuten/Bildarchiv Ostpreußen).

Das Fazit dieser hier gehaltenen Vorträge und Bemühungen war allerdings ernüchternd, denn diesen „Wunschbildern“ standen die harten Tatsachen des Umfelds gegenüber, so:

> *„die Tariffesseln des Versailler Vertrages, die politischen Grenzverzerrungen und Grenzschlüsse zwischen UdSSR, Litauen, Polen, Lettland, Memel, Danzig und Ostpreußen, die Unzulänglichkeit der UdSSR auf kommerziellem Gebiet, die Inflation in Deutschland mit schwankenden Geldrelationen; weit entfernt von den offenen Handelsbeziehungen vor 1914!“ (Richter, S. 238).*

Im weiteren Verlauf der 1920er kamen noch die deutsch-polnischen Handelskonflikte sowie das Auftreten der Sowjetunion als ernster Konkurrent auf dem Holzmarkt hinzu

Für 1930, das erste Krisenjahr, stellte sich die Lage folgendermaßen dar:

> *„Die Knappheit der Rohstoffe einerseits, die Veränderungen der Standortbedingungen und das Erstarken der Holzindustrie in den Nachbarländern zwingen zur weiteren Stilllegung von Sägewerken, vor allem der Werke, die ohnehin durch eine ungünstige Lage zu den Verkehrswegen und durch veraltete Maschinen benachteiligt sind. Die heutige Wirtschaftslage erfordert Zusammenschluß der Holzindustrie und Beschränkung der Produktion auf die wirtschaftlich besten Betriebe bei Ausschaltung der aufreibenden Konkurrenz innerhalb der ostpreußischen Holzindustrie“ (Richter, S. 239, Rek. auf: Hans Friedrichs: Ostpreußens Holzhandel und Holzindustrie, in: Schr. des Inst. für ostdeutsche Wirtschaft, Berlin; Königsberg1931).*

Der Zusammenbruch der Ostbank stellte viele ostpreußische holzverarbeitende Betriebe vor erhebliche finanzielle Schwierigkeiten, so lesen wir in einem Gewerbeaufsichtsbericht für Königsberg im Jahre 1929:

> *„In den Betrieben der Holzbearbeitung, Sägewerken, Bautischlereien, Sperrholzplattenherstellung, wurden in den letzten Monaten starke Betriebseinschränkungen vorgenommen; eine neu eingerichtete Holzwarenfabrik, die zeitweise bis zu 300 Arbeiter beschäftigte, wurde am Jahresschluß vollständig durch Feuer zerstört“ (Richter, S. 51).*

Der Mangel an finanziellen Mitteln wirkte sich auf die Bautätigkeit aus: Es wurden im Vergleich zu 1928 wesentlich weniger Bauten ausgeführt.

Auch für das Gebiet Gumbinnen-Allenstein ging die Bautätigkeit 1929 zurück; zudem konnte wegen einem anhaltenden Frost die Bautätigkeit hier erst später einsetzen. In dieser Region wirkte sich die nachlassende Bautätigkeit auch auf die Beschäftigung der Ziegeleien aus. Das gleiche galt für die Region Westpreußen.

Fortsetzung auf S. 12

Fortsetzung von S. 11

Für das Jahr 1930 lagen die Zahlen ähnlich schlecht. Zu der schwachen Auslastung der Holzindustrie spielte in der Region Gumbinnen-Allenstein auch noch die Politik eine wesentliche Rolle mit:

> *„Wegen des zu erwartenden Ablaufs des vorläufigen Holzabkommens zwischen Polen und Deutschland versuchten die polnischen Sägewerke ihre Lager um jeden Preis abzustoßen. Da die Nachfrage nach Tischler- und Bauholz in Deutschland an und für sich gering war, so konnte der Bedarf durch das billigere polnische Holz zum großen Teil befriedigt werden. Die hiesigen Sägewerke waren daher vielfach nur auf den geringen örtlichen Absatz angewiesen. In den Sägewerken ging die Zahl der Arbeitnehmer um 875 zurück" (Richter, S. 52).*

Hinzu kam, daß eine große Sperrplattenfabrik über Winter ihre 250 Arbeiter beurlaubte.

Für die Jahre 1931 und 1932 sah die *allgemeine* Beschäftigung in Ostpreußen äußerst kritisch aus:

> *„Hier ist die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer immer stärker zurückgegangen. Die Belegschaftszahlen wurden den Schwankungen des Geschäftsganges möglichst unmittelbar angepaßt, Entlassungen und Neueinstellungen folgten vielfach kurz aufeinander. Wo nicht ohne weiteres die Arbeitnehmer entlassen wurden, kürzten die Betriebe meist stark die Arbeitszeit. Zahleiche Unternehmen, besonders im Baugewerbe, mit seinen Nebengewerben und im Einzelhandel, fielen der Wirtschaftskrise endgültig zum Opfer" (Richter, S. 53).*

Im Holzbau herrschten kleine und mittelständische Betriebe vor, so z. B. die 1903 in Elbing niedergelassene *Holzindustrie Wittkowsky* mit ihrer Stuhlproduktion. Die Standortwahl erfolgte wegen der guten Lage Elbings an den Binnen- und Seestraßen für den Holzbezug und –versand; 1905 beschäftigte die Firma etwa 250 Arbeiter. Wittkowsky begann recht früh mit der Sperrholzfabrikation, verfügte über eigene Patente und wurde später Zulieferer für die Flugzeugproduktion.

1930 erfolgte ein „Notschrei der Stadt Elbing wegen Erhöhung des Tabakzolls." Nach der Schieflage der Schichauwerft, dem schon erwähnten Zusammenbruch von Komnick, weiteren Schließungen „und Einschränkungen bei Holz-Wittkowsky" wäre die Stadt „schwer erschüttert" durch die drohende Schieflage bei dem bedeutenden Zigarettenhersteller Loeser und Wolff (Richter, S. 310).

Als Zulieferer der Flugzeughersteller kam Holzindustrie Wittkowsky Anfang der 1930 recht schnell aus der Krise heraus.

Das 1882 in Großschiemanen (Kreis Ortelsburg) Sägewerk Richard Anders entwickelte sich durch den 1901/1902 erfolgten Umbau zum *modernsten* Sägewerk Ostdeutschlands; es hatte 1919 eine Kapazität von 15.000 Festmeter Holz jährlich. Die Umwandlung in eine GmbH erfolgte 1922. Im gleichen Jahr expandierte das Unternehmen mit dem Zukauf des zweiten Sägewerks in Grünwalde. Unter der Inflation hatte auch Anders zu leiden, erweiterte aber das Unternehmen 1925 mit der Gründung der Holzhandelsfirma Richard Anders in Königsberg, um ein Hobelwerk und weiteren Firmenaufkäufen. Ein offensichtlich erfolgreicher Aufbau mit großen Holzeifuhren erfolgte zwischen den Jahren 1924 und 1928. Die Weltwirtschaftskrise beendete mit hohen Ein- und Ausfuhrrückfällen die erfolgreichen Aufbaujahre *(Richter, S. 298). (Bild: Sägegatter des Sägewerks Millenet, Osterode/Bildarchiv Ostpreußen)*

Auf die ab 1933 anlaufenden Beschäftigungsmaßnahmen wird hier nicht eingegangen werden.

Literatur

Dieter Hertz-Eichenrode: Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919 – 1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Köln, Opladen 1969;
Friedrich Richter: Beiträge zur Industrie- und Handwerksgeschichte Ostpreußens 1919 – 1939, Stuttgart 1988.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Buchvorstellung

Immer noch freundlich, aber kaum noch geduldig

Vera Lengsfeld
2. Juni 2026

Heute, am 3. Juni, wird die Schriftstellerin Monika Maron 85 Jahre alt. Für mich ist sie neben Cora Stephan die wichtigste Autorin unseres Landes, die Grand Dame der Gegenwartsliteratur. Zum Geburtstag hat sie sich die Veröffentlichung ihrer Tagebücher von 1980–2021 geschenkt. Sie wollte sie nie herausgeben, hat sich aber zum Glück eines Besseren besonnen.

Vor einer Woche habe ich Maron erlebt, als sie bei den Ettersburger Gesprächen, von denen auf diesem Blog schon mehrmals die Rede war, das Buch vorstellte. [. . .]
Der Buchtitel entstammt einem Brief an den DDR-Kulturstaatsminister Klaus Höpcke vom 19. Mai 1982. Maron, deren erstes Buch Flugasche nicht in der DDR erscheinen konnte und die dabei war, auch ihr zweites bei Fischer im Westen erscheinen zu lassen, hatte ein Visum für einen Studienaufenthalt im Westen beantragt. Im September 1981 hatte Höpcke ihr in Aussicht gestellt, sich für so eine Reise einzusetzen. Nun schrieb Maron ihm, dass sie sich seitdem selbst das Klavierspielen beigebracht hat und schon Menuette von Händel spielen kann. Sie fragt, zu welchen Fähigkeiten am Piano sie es noch bringen wird, ehe sie eine Antwort bekommt – immer noch freundlich, aber kaum noch geduldig.

Der Moderator, der dem Publikum in Ettersburg verraten hatte, dass er zu den 68ern gehörte, staunte: Wenn er seinem Minister in NRW einen solchen Brief geschrieben hätte, wäre nie eine Antwort gekommen. Maron bekam eine Antwort, wenn auch erst im nächsten Jahr. Bevor wir nostalgisch werden, schiebe ich ein, dass Höpcke Maron öffentlich als zu faul, die von staatlichen Stellen geforderten Korrekturen zu liefern, denunzierte, weshalb „Flugasche“ nicht erscheinen konnte.

1983 durfte Maron für ein Jahr die DDR verlassen und ein ganzes Jahr allein durch Europa und Amerika reisen.

Die meisten Aufzeichnungen stammen aus dieser Zeit. Wie reist man mit vierzig Jahren fast ohne Geld, immer auf die Hilfe von anderen angewiesen? Keiner kann sich das heute auch nur annähernd vorstellen, auch diejenigen nicht, die es selbst erlebt haben, wie ich.

Paris empfängt Maron im Regen, sie wird mit der Stadt nicht warm. Wenn sie wüsste, dass sie wiederkommen könnte, würde sie das „Experiment abbrechen“ und bei besserer Gelegenheit wiederholen. Aber da sie in die DDR zurückkehren wird, ist das keine Option. [. . .]

In der Corona-Zeit ordnete die mecklenburgische Landesregierung an, dass alle Zweitwohnungsbesitzer das Land zu verlassen hatten. Es kam zu gruseligen Szenen. Einer meiner Freunde, der eine Wohnung in Ahrenshoop besitzt, musste auf Nebenstraßen heimlich illegal einreisen, um sie für seine Abwesenheit zu präparieren.

Maron weigerte sich, der Ausreiseverfügung zu folgen. Wie einst mit den DDR-Oberen legte sie sich jetzt mit den demokratischen Institutionen an und wurde zur bekanntesten Corona-Rebellin in MeckPom. Maron blieb siegreich.

Kurz vor ihrem 80. Geburtstag bekam sie Ärger mit ihrem Verlag, bei dem sie fast 40 Jahre veröffentlicht hatte. Der Grund war ein Bändchen mit älteren Essays, das sie bei ihrer Freundin Susanne Dagen im Buchhaus Loschwitz verlegt hatte. In einem Geburtstagsartikel wurde ihr Name als Autorin des Verlages entfernt. Maron wurde eine erhebliche Minderung ihrer Vorschüsse angekündigt. Die Verlegerin Bublitz: „Früher saßen Sie am längeren Hebel, jetzt sitzen wir am längeren Hebel.“ Der Verlag bestreitet diesen Satz heute, aber Maron hat ihn so gehört.

Der Verlag hatte offensichtlich geplant, Maron für ihr neues Buch einen Vertrag vorzulegen, den sie unmöglich hätte unterschreiben können. Man wäre dann auseinandergegangen, weil Frau Maron zu viel Geld wollte. So sehen die Methoden wegen nicht kompatibler Meinungen heute aus.

Es kam zum Skandal, und Maron bekam Hoffmann und Campe, die alle ihre Bücher noch einmal herausbrachten.

Dass eine achtzigjährige Autorin einen neuen Verlag fand, verwundert Maron noch heute. Dabei ist es ein Ausweis ihrer großen literarischen Fähigkeiten, die gerade dabei sind, erst richtig entdeckt zu werden, obwohl das „linke Deutschland“ auf „seinem hohlen Kopf“ steht.

Herzlichen Glückwunsch, Monika!

Erinnern

Der Deutsche Orden: Von Akkon via Burzen- ins heidnische Preußenland
Teil 4

In der historischen Forschung bezüglich der Ansiedlung der Siebenbürger Sachsen wird darüber spekuliert, ob nicht das „Deutsche Haus“ aus Akkon – der Vorläufer des 1198 gegründeten Deutschen Ordens – *bereits* im Burzenland beziehungsweise im Karpatenbogen tätig war: In einem

> *„Dokument aus dem Steuerregister des Vatikans, dem »Liber censuum Romanae Ecclessiae« von 1192, worin dem »neuen Haus der Deutschen« ein Besitz im Lande Bozza bestätigt wird“ (Baumgärtner, S. 84).*

Danach soll „der päpstliche Kämmerer eine Mark Gold als Steuer vom deutschen Orden zu »Bozza«, jenseits des Gebirges im Siebenbürgischen Bistum, eingenommen“ haben (Baumgärtner, S. 82, Rek. auf: Horst Klusch: Zur Ansiedelung der Siebenbürger Sachsen, Bukarest; Klausenburg 2001, S. 75f.). Dies ist offensichtlich der *erste* Nachweis des Ordensvorgängers im Karpatenbogen.

Die Frage stellt sich: Wie kam *das* Deutsche Haus aus Akkon in diese Gegend? In diesem Zusammenhang eine weitere Frage: Wie und wann kamen die ersten Deutschen im Burzenland beziehungsweise darüber hinaus an?

Auf die zweite Frage scheint sich die Historikerzunft mehrheitlich einig zu sein: Folgen wir Baumgärtner (S. 25): „Als die *Flandrenses* zur Zeit Geisas II. das für sie bestimmte Gebiet durch königliche Schenkung in Besitz nahmen, geschah das im Gefolge der Vorverlagerung von Grenzstreifen, den so genannten *Gyepü*, vom Mieresch an den Alt.“ Darüber wurde bereits berichtet; ebenfalls wurden die Expansionsbestrebungen Andreas II. angeschnitten.

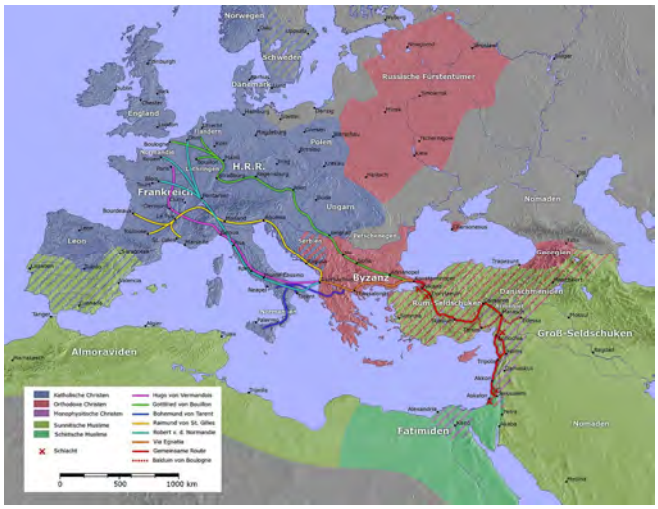
Die ungarische Ausdehnung nach Siebenbürgen erfolgte mit diesem recht flexiblen Gyepüsystem innerhalb von drei Jahrhunderten in fünf Phasen:

> *„um das Jahr 900 bis zum Somesch; um das Jahr 1000 bis zum Mittel- und Unterlauf des Mieresch; um 1100 bis zur Großen Kokel; um 1150 bis zur Altlinie; um 1200 bis zu den Karpaten“ (Baumgärtner, S. 56; Rek. auf: Thomas Nägler: Vor- und Frühgeschichte, in: Geschichte der Deutschen auf dem Gebiete Rumäniens, Bd. 1, Bukarest 1979, S. 16).*

Der ungarische König Geisa II. (ung. Géza II.), geboren 1130, regierte zwischen 1141 und 1162; wie sein Enkel Andreas II. hatte er sich gegen Thronprätendenten durchzusetzen und führte mehrfach Kriege gegen Polen und Byzanz. In seine Herrschaft fiel auch der Zweite Kreuzzug des deutschen Königs Konrad III. im Jahr 1147 durch Ungarn, der das Interesse der Deutschen für diesen Landstrich geweckt haben könnte.

Allerdings war dies nicht der erste Kontakt westlicher Kreuzzügler mit Ungarn; diese folgten dem Pilger- und antiken Heerweg über Ofen (Buda), Semlin, Belgrad, Nisch, Sofia und Adrianopel. Mit Belgrad betrat man byzantinisches Land. Bekanntlich waren an dem Ersten Kreuzzug kaum *deutsche* Ritter beteiligt: Die ersten Heere bestanden zumeist aus Lothringer, Flamen und Franken. *(Bild: Verlauf des Ersten Kreuzzugs/Wikipedia, Abruf: Mai 2026)*

Allerdings gerieten während dem Ersten Kreuzzug zehntausend Männer, Frauen und Kinder aus dem Bauernkreuzzug des Peters von Amiens bei Nisch in byzantinische Gefangenschaft. Es gibt Spekulationen, daß sich mehrere Gruppen nach der durch den Basileus erfolgten Generalabsolution am Südrand der Karpaten niederließen und andere über die Pässe sich in das ungarische Siebenbürgen durchschlagen konnten. Es ist anzunehmen, daß diese, zumeist Flandern und Wallonen es vorzogen, lieber seßhaft zu werden, als den Weg in die verarmte Heimat anzutreten, erst recht nachdem man sich auf der Durchreise durch das Donautal bei der Proviantbeschaffung äußerst unbeliebt gemacht hatte (Baumgärtner, S. 34ff.).



Fortsetzung auf S. 15

Fortsetzung von S. 14

In die Regierung Geisas II. fällt, neben dem Zweiten Kreuzzug König Konrads III. auch die Hochphase der *Ostkolonisation*, politisch korrekt auch hochmittelalterlicher Landesausbau genannt. In diesem Kontext Ostkolonisation und „Flandrenses" soll der alte Historiker Georg Daniel Teutsch herangezogen werden (S. 16):

> *„Flandern ist niedrig gelegen und kann nur mühsam durch Dämme gegen den Einbruch des Meeres geschützt werden [. . .] So versank im Jahre 1135 ein großer Teil von Flandern, Holland und Seeland in den Abgrund; viele Tausende ertranken; andere verloren Haus und Hof und alles. Das und viel innere Kriege schwächten ebenfalls die Anhänglichkeit an das Vaterland. Aus den Gegenden am Rhein melden die Jahrbücher grade zu jener Zeit vielfache Überschwemmungen, dann wieder Dürre, Mißwachs Hungersnot. So folgte um das Jahr 1140 zahlreiches Volk aus Holland und Flandern, auch aus Westfalen und Friesland dem Ruf des Grafen Adolf von Holstein in die wüsten Flächen Wagriens. Und wenn man in der Urkunde des ungarischen Königs Stephan V. von 1171 liest, wie die adligen Männer Gottfried und Albert, deutsche Ansiedler, ihr Vaterland verlassend unter der Regierung des glorreichen Königs Geisa seinem Rufe folgend" (Teutsch, S. 16).*

Die „glorreiche" Regierung Geisas II. sei dahingestellt. Aber anhand der „gleichzeitigen" *Wendenchronik* Helmonds, der „Chronica Slavorum Helmondi" kann man die Besiedlung Wagriens (auch: Wagerland ist der nordöstlichste Teil Holsteins) als Blaupause für die Ostkolonisation, die in der weiteren preußischen Geschichte des Deutschen Ordens noch bedeutend wird, aber auch für die Besiedlung Siebenbürgens heranziehen. Um diese quasi abzuschließen:

> *„Aus urkundlichen Andeutungen dürfen wir schließen, daß im Jahre 1224 von Bross bis Draas viele tausend ihrer Höfe standen. Wie hätten sie auch sonst sich behauptet in der feindumschwärmten »Wüste?« Aus ihnen ist die dritte ständische Nation Siebenbürgens erwachsen. Von ihnen hat das Land seinen deutschen Namen Siebenbürgen" (Teutsch, S. 17).*

Auch wenn in diesem Zitat das Burzenland nicht eingeschlossen ist, kann man mit Sicherheit davon ausgehen, daß dieses *desertum* (Öde, Wüste) nicht allzu wörtlich zu nehmen ist. Vielmehr siedelten sich auch die Flandrenses, sowie die später vom Orden gerufenen Deutschen zum Teil an bereits vorhandenen, teils verlassenen Orten an:

> *„Klausenburg zum Beispiel sei in der Nähe des römischen Napoca entstanden, Hermannstadt bei der römischen Ansiedlung Cibinium, Bistritz als Nösen bei einer ehemaligen slawischen Siedlung, Kronstadt bei Brasovia, einer ehemaligen slawischen und petschenegischen Ansiedlung" (Baumgärtner, S. 24).*

Der Zweite Kreuzzug Konrads III. war nicht von Erfolg gekrönt. Unter schlechtem Omen stand schon, daß sich der dynastische Widersacher Konrads, Heinrich der Löwe, Albrecht der Bär und andere Reichsgranden *nicht* das Kreuz nahmen. Sie sahen ihre Mission sodann durch die Wendenkreuzzüge erfüllt. In Kleinasien und vor Damaskus scheiterten die Orientfahrer kläglich. Ob sich einzelne Ritter oder Personen von Geisa II. überreden ließen, in Ungarn bzw. Siebenbürgen sich anzusiedeln, ist reine Spekulation.

(Bild: Ein Gemälde von Jean Fouquet aus dem 15. Jahrhundert n. Chr., das die Zweiten Kreuzfahrer (1147-49 n. Chr.) unter der Führung von Ludwig VII. und Konrad III. bei ihrer Ankunft in Konstantinopel darstellt/worldhistory.org)

Fortsetzung auf S. 16

Fortsetzung von S. 15

Die deutsche Ansiedlung unter Geisa II. erfolgte zunächst im Westen Südsiebenbürgens, vor allem das Altland sowie die Kirchenbezirke Hermannstadt, Leschkirch und Schenk wurden besiedelt. Nach Richard Huss hat sich 1160 und 1161

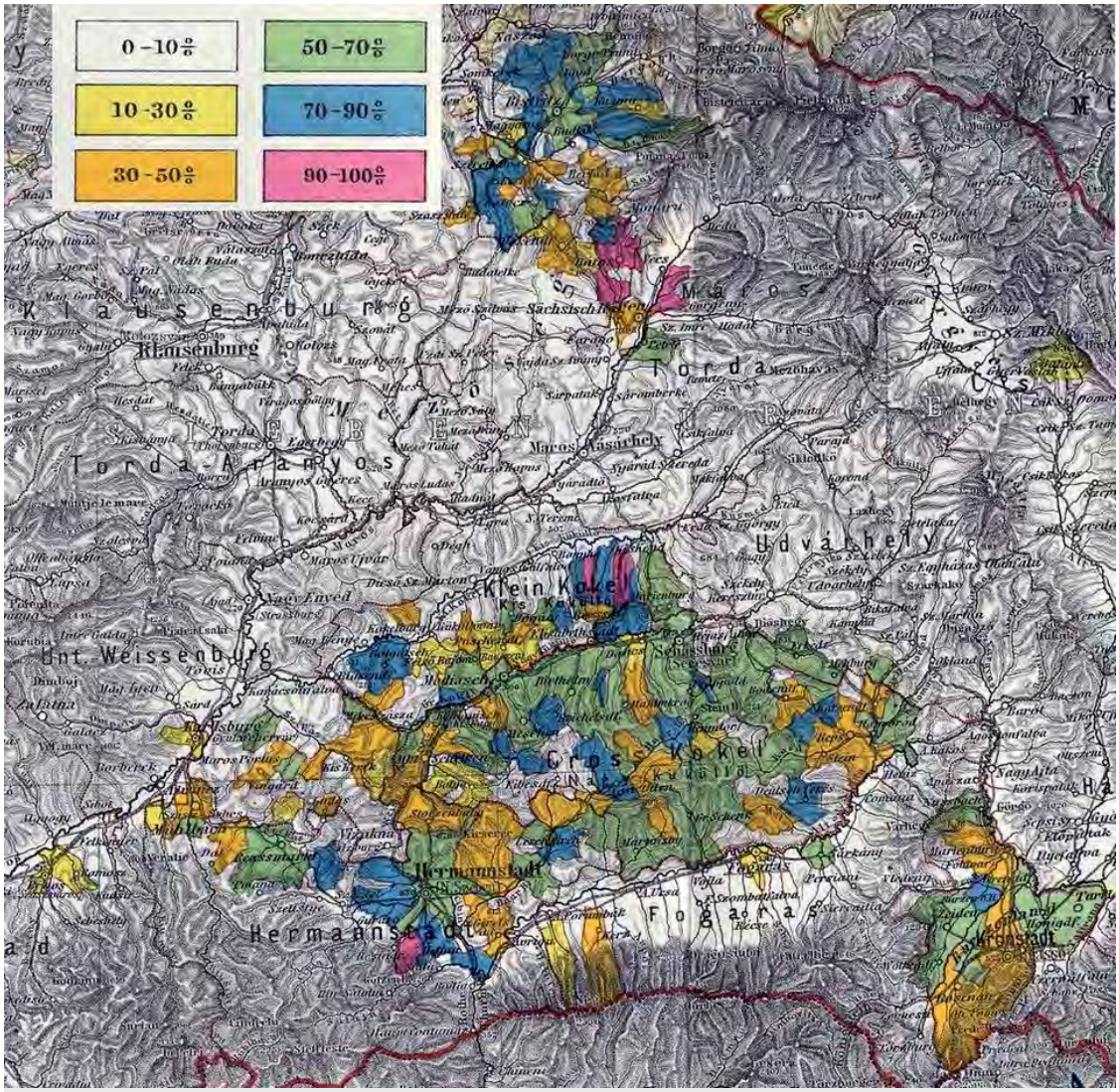


Bild: Siedlungsgebiet der [Siebenbürger Sachsen](#):
Das Burzenland befindet sich im äußersten Südosten der Karte (Wikipedia, Abruf: Mai 2026).

> *„der zweite Hauptstoß der Kolonisten vor allem dem Burzenland (Ţara Bârsei) zugewandt. Denn wie bekannt, hatte Heinrich der Löwe erst 1160 Ansiedler aus denselben Gegenden, wie Graf Adolf von Holstein nach Wagrien, seinerseits in das eroberte Wendenland geholt: aus Flandern, Friedland, Westfalen. Von diesen könnte sich eine Gruppe abgespalten haben, um nach Siebenbürgen zu ziehen“ (Baumgärtner, S. 23; Rek auf: Heinrich Huss: Die Einwanderung der Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen, in: Luxemburg und Siebenbürgen. Die Einwanderung der Deutschen und die Gruppenverteilung ihrer Mundart innerhalb des Römerstraßennetzes, Hermannstadt 1929, S. 43).*

Das freundschaftliche Verhältnis Geisas II. zu den Welfen Heinrich dem Löwen und aber insbesondere zu dem am Bodensee residierenden Welf VI. spricht für diese Annahme.

Somit war Südsiebenbürgen, einschließlich dem Burzenland zur Zeit der Erwähnung des „Deutschen Hauses von Akkon“ 1192, und erst recht zur Zeit der offiziellen Schenkung Andreas II. an den Deutschen Orden 1211 *dünn* mit deutschsprachigen Kolonisten besiedelt.

Literatur

Wilhelm Andreas Baumgärtner: Der vergessen Weg. Wie die Sachsen nach Siebenbürgen kamen, Erweiterte und verbesserte Neuauflage, Bonn; Hermannstadt 2010;
Georg Gabriel Teutsch: Geschichte der Siebenbürger Sachsen für das sächsische Volk, I. Band: Von den ältesten Zeiten bis 1699, 4. Aufl., Hermannstadt 1925.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Johann Carl Unger (1771-1836)

Johann Nepomuk Unger wurde am 13. April 1771 in Rissdorf (auch Riesdorf oder Rißdorf) geboren. Den zweiten Vornamen änderte Unger 1799 in Carl. Im 13. Jahrhundert gehörte dieses zu den 24 Zipser Städten und später ab 1772 unter Maria Theresia zu den 16 Zipser Kronstädten.

Unger besuchte

„die Gymnasien in Käsmark und Pudlein (Podolínec) bei den Piaristen. Anschließend begann er ein Philosophiestudium in Kaschau. Da erkrankte sein Vater und geriet zudem in finanzielle Schwierigkeiten. Johann musste jetzt selbst Geld verdienen. Die Piaristen in Pudlein halfen dem jungen Mann mit einer Lehrerstelle. Sie unterstützten ihn, damit er Theologie in Neutra und Wien studieren konnte. Johann wechselte jedoch nach einiger Zeit zum Jurastudium [. . .]

Von 1796 bis 1799 unterrichtete Unger Reichsgeschichte am Theresium in Wien, damals Ausbildungsstätte für den adligen Nachwuchs. 1799 wurde er Erzieher des Sohnes von Freiherrn Ignaz Forgács. Im Winter ging es von Wien auf dessen Gut nach Tuleschitz in Mähren. Von 1810 bis zu seinem Tode 1836 verwaltete er die Besitzungen des Freiherrn Joseph Hackelberg-Landau [. . .]

Johann Unger besaß offenbar ein besonderes Feingefühl, wie man aus seinen Gedichten, zu denen auch „Die Geselligkeit“ gehört, entnehmen kann. Diese erschienen 1797 als Gedichtband in Wien. Für die deutsche Kulturzeitung »Morgenblatt für gebildete Stände« (Cotta’sche Verlagsbuchhandlung) war er Wiener Korrespondent und berichtete auch über die Aufführung von Beethovens 5. und 6. Sinfonie am 22.12.1808 im Theater an der Wien.

Unger ist Autor von Büchern zu historischen Themen (z. B. Geschichte der ältesten Stammvölker, 1810; Sitten und Gebräuche der Römer, 1805-1807), aber auch von Reisebeschreibungen (z.B. Wanderungen durch ungrische Gegenden, 1803) und für die Jugend. So gab er unter anderem mit Samuel Bredetzky 1805 den »Wiener Jugendfreund« und die »Monatlichen Unterhaltungen für die Jugend« heraus [. . .]

er verfolgte die Musikszene und schrieb eine Biographie der französischen Sopranistin Joséphine Fodor-Mainville. Seine persönlichen Kontakte zu Johann Carl Esterházy (1775-1834) nutzt er, um Franz Schubert (1797-1828) als Musiklehrer für dessen Töchter Marie-Therese und [seinen Tochter] Caroline zu empfehlen [. . .]

Der Zusammenhang zwischen Unger und Schubert besteht nicht nur im Vermitteln der Arbeit bei Eszterházy. Schubert vertonte auch Gedichte von Unger. Dazu zählt „Die Geselligkeit“ Am bekanntesten ist wohl „Die Nachtigall“ (*Screenshot Plattencover*), durch deren Melodie Johann Ungers Name zumindest bei den Musikliebhabern nicht in Vergessenheit geraten wird.“

Dieser Beitrag von Dr. Heinz Schleusener über Johann Carl Unger erschien im Karpatenbaltt, dem Magazin der Deutschen in der Slowakei: https://karpatenblatt.sk/lehrer-und-schriftsteller-johann-unger-1771-1836/

Die Geselligkeit
Von Johann Carl Unger
(Strophe 1, 3 und 4)

Wer Lebenslust fühlet, der bleibt nicht allein,
allein sein ist öde, wer kann sich da freu'n.
Im traulichen Kreise, beim herzlichen Kuß
beisammen zu leben, ist Seelengenuß!

Dem folget, ihr Guten, und singet nicht mehr
die Einsamkeit wäre nicht öde, nicht leer.
Alleinsein erzeuget nur Sehnsucht und Schmerz,
beisammen zu leben befriedigt das Herz!

Geselligkeit fesselt die ganze Natur,
in Lüften, im Wasser, auf lachender Flur.
Er selber gebot es, der alles erschuf,
beisammen zu leben ist Menschenberuf!

HOH(L)SPIEGEL:

Mairegen auf Saaten –
dann regnet es Dukaten

Bauernweisheit

HK

Bildnachweis:

Karten, Bilder und Graphiken stammen—wenn nicht extra gekennzeichnet - aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.

Red./HK

Impressum

SPRECHER
Herbert Karl:
0175 9036144
Martina Kempf

STELLV. SPRECHER :
Vadim Derksen
Albert Breininger

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw
IBAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de